
Presseinformation Nr. 403

23. März 2006

PILTZ:
Quizshow allein reicht für die Einbürgerung nicht aus

BERLIN. Zum Treffen der Innenminister der sechs größten EU-Staaten und der Diskussion über die Einbürgerung in Deutschland erklärt die innenpolitische Sprecherin der FDP-Bundestagsfraktion Gisela PILTZ:

Das Bestreben der EU-Innenminister in Heiligendamm, sich im Bereich der Zuwanderung auch auf der EU-Ebene abzustimmen, ist grundsätzlich zu begrüßen. Die Forderung nach einem Integrationsvertrag mit möglichen Zuwanderern bleibt allerdings genau zu prüfen. Wie genau sollen Rechte und Pflichten festgelegt werden? An welchen Werten sollen sich die Rechte und Pflichten orientieren? Daneben bleibt die Frage, wie die Einhaltung des Integrationsvertrages in Deutschland überprüft und ein möglicher Verstoß geahndet werden kann.

Zentrale Voraussetzung um deutscher Staatsbürger zu werden ist und bleibt, dass Einbürgerungswillige ausreichend Kenntnis der deutschen Sprache haben und unsere Werteordnung akzeptieren. Wer dazu nicht bereit ist, hat auch kein Recht, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. Das kann allerdings nicht so erfolgen, wie es der hessische Fragenkatalog vorsieht. Denn durch auswendig gelernte Antworten wird man kaum darauf schließen können, ob eine Person die Werteordnung in Deutschland tatsächlich verinnerlicht hat. Hier müssen wir im Rahmen der bereits bestehenden Integrationskurse den Unterricht verbessern und ausbauen. Die Sprachkenntnisse müssen verbessert werden. Auch sollten wir der Vermittlung unserer Werteordnung einen größeren Raum geben.

In diesem Zusammenhang sind endlich auch Regelungen notwendig, um eine Bleiberechtsregelung für langjährige Flüchtlinge in Deutschland zu finden. Hier besteht in Deutschland nach wie vor Rechtsunsicherheit. Für solche Asylbewerber und derzeit geduldete Ausländer, die sich über viele Jahre in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen unseres Landes integriert haben, brauchen wir jetzt eine klare gesetzliche Regelung

Verantwortlich:
ISABELLA PFAFF

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de